



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 097-2025
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.289

Eingereicht am: 02.06.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Hegg (Lyss, FDP) (Sprecher/in)
Schär (Schönried, FDP)
Ryser (Seftigen, GLP)
Rappa (Burgdorf, Die Mitte)
Roggli (Rüschegg Heubach, Die Mitte)
Gschwend-Pieren (Kaltacker, SVP)
Martin (Täuffelen, EDU)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 05.06.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Stärkung der inneren Sicherheit und Verhinderung extremistischer Gewaltakte

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. ein Frühwarnsystem für Radikalisierung zu entwickeln, das auf kantonaler Ebene Signale für islamistische oder andere extremistische Radikalisierung frühzeitig erkennt und präventive Massnahmen einleitet;
2. die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgung, Nachrichtendiensten und Integrationsbehörden zu verstärken, um potenzielle Gefährder besser zu identifizieren und eine schnellere Reaktionsfähigkeit sicherzustellen;
3. die gesetzliche Grundlage für eine konsequentere Abschiebep Praxis von ausländischen Straftätern mit extremistischem Hintergrund zu prüfen und sich auf Bundesebene für eine erleichterte Ausschaffung einzusetzen.

Begründung:

Die islamistischen Anschläge in Österreich und Deutschland zeigen, dass sich extremistische Täter innerhalb kürzester Zeit online radikalieren und dann ohne Vorwarnung gewalttätig werden können. Diese Entwicklung stellt auch die Sicherheitsbehörden in der Schweiz vor neue Herausforderungen.

In der Vergangenheit wurden extremistische Gewaltakte oft durch Personen verübt, die keine Vorstrafen hatten und nicht polizeibekannt waren, sich aber über Online-Propaganda schnell radikalisierten. Bestehende Sicherheitsmechanismen greifen hier oft zu spät.

Um solche Vorfälle im Kanton Bern zu verhindern, braucht es ein kantonales Frühwarnsystem für Radikalisierung, das in Zusammenarbeit mit Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden Risikopersonen identifiziert und entsprechende Gegenmassnahmen ermöglicht.

Zudem ist es essenziell, dass die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden, Nachrichtendiensten und Integrationsstellen verstärkt wird, um mögliche Gefährder besser zu erkennen und präventive Massnahmen frühzeitig zu ergreifen.

Ein weiteres Problem ist die mangelhafte Ausschaffung krimineller oder radikalisierter Ausländer. Personen, die in der Schweiz Schutz suchen, sich aber gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung stellen, dürfen nicht dauerhaft in unserem Land bleiben. Deshalb ist eine konsequentere Anwendung bestehender Ausschaffungsgesetze und eine Prüfung von Verschärfungen nötig.

Begründung der Dringlichkeit: Die Anschläge in Europa zeigen, dass das Risiko von radikalen Einzeltätern hoch ist. Ein proaktives Sicherheitskonzept muss verhindern, dass es in der Schweiz zu ähnlichen Gewaltakten kommt. Prävention ist entscheidend, um sowohl die Bevölkerung zu schützen als auch das Vertrauen in den Rechtsstaat zu erhalten.

Verteiler

– Grosser Rat